

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabend.
Preis pro Exemplar durch
die Post bezogen 2 M.
Gesetztes in die Post
zulässigste Nr. 6482.

Abonnementpreis:
Arbeitgeberabteilung nach
Bürostellen - Abgaben die
3 gehaltene Stellen-Reise
50 M. werden
wieder aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Brey.
Ges. von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Trall, Hannover.
Redaktionsstelle: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Ausgabe:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Telefon 3028.

Protest der Arbeitnehmer-Organisationen gegen die Teilung Oberschlesiens.

Die unterzeichneten Vorsitze der Organisationen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten haben an den Volksbundrat, Lloyd George und Briand folgendes Telegramm gerichtet:

Nach übereinimmenden Neuerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Volksbundrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls das zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen stärksten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen 40 Millionen deutscher Staatsangehöriger umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und harde Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis, sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedensvertrags ergebenden Maßnahmen (Organisation der Arbeit) verzichten müsste. Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebietsterisch Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.
Der Allgemeine Freie Angestelltenbund.
**Der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter-,
Angestellten- und Beamtenverbände.**

Der Deutsche Beamtenbund.

Die „Exekutive“.

Das Wort ist nicht russisch, wie man bei der Vorliebe unserer Kommunisten für russische Schlagwörter glauben könnte, sondern es ist ein gut lateinisches Wort, und bedeutet soviel wie vollziehende Gewalt, oder es bezeichnet eine Körperschaft, welcher der Vorsitz der Beißläufe einer anderen — in der Regel größeren — Körperschaft obliegt.

Eine Exekutive kann unter Umständen gut sein, wenn sie erstens einmal aus Leuten besteht, die über ihre Maschinerie hinaussehen, oder mit anderen Wörtern, wenn sie logisch denken und schlussfolgern können, und zweitens, wenn die Auftraggeber ein geschlossenes Ganzes bilden, das in seiner Majorität jähig und gewillt ist, gegebene Situationen geistig zu erfassen und zu bewerten. Unterensfalls läuft die „Exekutive“ Gefahr, der Unschärfe geziichtet zu werden oder der Lägerlichkeit einzuhüpfen, während die Auftraggeber günstigerfalls mit einer Blamage, in weniger günstigem Falle mit einer empfindlichen Niederlage davonkommen. Der letzte Fall ist wieder einmal eingetreten, trotz aller Erfahrungen und Ratschläge.

Was in Nr. 41 des „Proletariers“ mitgeteilt wurde, hat ein Beamter der höchster Fabrikswerke im Hinblick auf das Oppauer Unglück erklärt: „Was liegt daran, es könnten noch viel mehr Proleten in die Luft gehen.“ Mit Recht war die Arbeiterschaft über die Störsituation einer solchen Gefinnung empört, und sie forderte und erreichte die Entlassung des Betriebsleiters. Damit konnte die Sache exzidiert sein. Aber wer so dachte, der hatte die Rechnung ohne die Kommunisten gemacht, die entsprechend der Institution ihrer politischen Partei diese vorhandene Erregung nicht vorübergehen lassen durften, ohne einen ihrer bekannten dummen Streiche zu machen und die Arbeiterschaft in ein ausichtloses Unternehmen hineinzuhüpfen. Ohne lange zu beraten, ohne eine Organisationsleitung zu benachrichtigen, ohne Rücksicht auf technische Bestimmungen wurden Forderungen auf Wirtschaftshilfen gestellt. Da entstand diese ominöse „Exekutive“, zusammengesetzt aus Kommunisten. Ein Kommunist kann tatsächlich alles — mit dem Mund. Er verspricht alles mögliche, fühlt sich angefischt des Beifalls einer Masse von Arbeitern ungeheure Stärke, er fühlt sich als Held, für den es Schwierigkeiten überhaupt nicht gibt. Leider, leider ist die Zahl dieser, die solchen Phrasenhelden nachlaufen, noch immer sehr groß. Sind die Nachläufer auch nicht selbst Kommunisten, so sind sie angehörs der heutigen Wirtschaftsstände nur zu leicht geneigt, dem kommunistischen Esel in der Löwenhaut Brüll zu zollen und ihm Gesangsrecht zu lassen. Die Folgen haben sie allerdings auch zu tragen für ihre Reinheit und ihre Kritiklosigkeit.

Die „Exekutive“ rennt unterdessen mit dem Kopf gegen die Wände und muß einsehen, daß die Wände tatsächlich härter sind als die Kommunistenschädel. Aber halt, die Exekutive hat ein

Hintertürchen. Die eigene Dummheit einzugehen, liegt kein Grund vor, solange die Genossen sie nicht entdecken. Jetzt wird ein Schuldiger herangeschleppt, der mit der Sache bis jetzt nicht das geringste zu tun hatte, den niemand um Rat gefragt hat: die Gewerkschaften sind schuld! so ruft jetzt jeder Hallune, und die urrechtslosen, unerfahrenen Arbeiter glauben es ohne weiteres. Wer etwas anderes oder das Gegenteil zu behaupten wagt, ist ein Verkarrer, überhaupt — wer die von den Demagogen vergebendigte Wahrheit auf den Kopf stellen will, der darf nicht reden. *O sancta simplicitas!* Erst allmählich geht den Leuten ein Licht auf. Die „Exekutive“, diese Spottgeburt ohne Geist (von „Drei und Feuer“), sagt Faust hat sich als unsfähig erwiesen, den angestellten Unfug wieder gutzumachen. Nun hört man sich die verlästerten Gewerkschaftsbonzen, die sollen helfen. Bis jetzt sind sie immer wieder eingesprungen. Dann kam aber stets der zweite Akt. Dummfrech forderten die Kommunisten, die Gewerkschaften hätten die losen Streiche der Herren Kommunisten zu finanzieren. Werden die Gewerkschaften das tun, dann wären sie durch die Kommunisten in einigen Wochen generaltotgeschafft, und die Unternehmer hätten leichtes Spiel. Die Arbeiter müssen sich endlich einmal einprägen: Wer die Sache einleitet, der mag dafür aufkommen. Die Lehre aus dem neuen Russland ist höchst sinnig nur die sein: Entweder die Arbeiter machen ihre Bewegungen wild — also kommunistisch —, dann dürfen sie an die gewerkschaftliche Organisation keine Ansprüche stellen, dürfen sie auch nicht verantwortlich machen für die Folgen eigener unüberlegter Handlungen; oder sie gewöhnen sich endlich an Ordnung und an die Bestimmungen ihres Verbandsstatus, dann haben sie die Organisation stets hinter sich. Entweder ihr Arbeiter hört auf erfahrene, verantwortungsvolle Führer, dann bleibt ihr vor schweren Enttäuschungen bewahrt, oder ihr hört auf unerfahrenen Schreihälse, dann geht ihr von Niederlage zu Niederlage. Die Wahl kann vielleicht nicht schwer sein. Wenn schon nach einem Sprichwort der Esel nur einmal aufs Eis geht, dann kann man erwarten, daß die Arbeiter es nicht drei- und viermal tun. Wer heute noch nicht erkannt hat, daß der deutsche sogenannte Kommunismus, diese russische Pflanze, eine Krankheitserkrankung ist, die den Organisationsleiter der deutschen Gewerkschaften zu zerstören geziichtet ist, der wird es nie mehr erkennen. Wer diese Tatsamkeit aber bereits gewonnen hat, der ist verpflichtet, mitzuholzen, den Herrsöhern, diesen Exekutivleuten, das Handwerk zu legen. Solange die Arbeiterschaft nicht den Mut aufbringt, diesen gewerkschaftlichen Analphabeten entgegenzutreten, sie unerbittlich zu machen, so lange wird sie die Schläge der Unternehmer hinnehmen müssen, die ihr die Kommunisten verschafft haben. Die „Exekutive“ aller Organisationen kann und darf nur sein die Organisationsleitung. Die Unternehmer in Höchst, Griesheim und Kaiserslautern können heute ihre Absperzung als Folge der kommunistischen Desperabotakti hinstellen. Mögen die Arbeiter für ihre Niederlage sich bei der kommunistischen Exekutive bedanken. Oder lassen sie sich wieder die Rücksäfte berebnen vom Verrat der Gewerkschaftsbonzen? Von Verrat darf sie aber gerechterweise nicht die Rede sein, eher schon von Lockpikeln.

Die Internationale der Fabrikarbeiter und das Oppauer Unglück.

Dass die internationale Solidarität der Arbeiterschaft sich nicht nur ideell, sondern auch materiell bestätigt, ist schon des öfteren bewiesen. Auch im Falle Oppau zeigt sich die Anteilnahme und Hilfsbereitschaft der ausländischen Verbandskollegen im schrägen Winkel. So hat das Exekutivkomitee der Fabrikarbeiter-Internationalen beschlossen, den Opfern der Oppauer Explosionskatastrophe 30 000 M. zu überweisen. Außerdem haben unsere Bruderorganisationen von Schweden und Holland 60 000 M. und die Bruderorganisation Norwegens 7000 M. gespendet. Im Namen der Oppauer Opfer sprechen wir den Kolleginnen und Kollegen der genannten Bruderverbände unseres herzlichen Dankes aus.

Die „Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände“ ist ein Bestandteil des Internationalen Gewerkschaftsbundes, oder kurz ausgedrückt der Amsterdamer Internationale, und hat ihren Sitz gleichfalls in Amsterdam. Diese Feststellung ist an sich unbestreitbar, wird aber wichtig dadurch, daß die Arbeiterschaft weiß, dort in Amsterdam ist heute der gefügte Centralapparat, der, wie von einem püppischen Schmerz berührt, sofort reagiert, wenn dem Organisationsleiter, dessen Spitze er ist, irgendwo in der Welt eine Kugel geschlagen wird. Diese Sensibilität (Feindseligkeit) der internationalen Organisationsspitze ist ein Beweis, wie enge heute schon neben den rein organisatorischen die geistige Verbindung der Arbeiterschaft der Welt geworden ist. Sie ist aber auch von einer Tragweite, die von der großen Mehrzahl der Arbeiterschaft weber übersehen noch abgeschaut werden kann. Heute ist der moralische Einfluss der Gewerkschaftsinternationale schon riesisch groß. Dieser Einfluss beruht zunächst auf der Zahl der Organisierten überhaupt und auf dem Weitblick der Spitzen der international zusammengehörigen Organisationen. Ungemein erhöht wird dieser im Staats- und Wirtschaftswesen sich bereits beweckende Einfluss.

wenn es uns gelungen ist, die seit einigen Jahren zu uns gehörigen Arbeiterschaften intellektuell zu heben, sie zu bewußt wirkenden Teilen des Gesamtorganismus umzubilden. Es ist keine Illusion, zu behaupten, daß dann dieser gewaltige Organisationsapparat es sein wird, der dem Gesellschafts- und Wirtschaftsleben der Völker neue Formen geben wird. Der Prozeß, der dieser Entwicklung dienst, hat längst begonnen. Dass er Störungen erleidet, ist nicht erstaunlich, jedoch tief bedauerlich, wenn diese Störungen von irregelmäßigen Arbeiterschaften selbst ausgelöst werden.

Die internationale Arbeiterschaft wird diese Schwierigkeiten überwinden. Die Zeit wird kommen, da sie den Stand gesetzt ist, den Menschen über die Sache zu stellen. Dann wird nicht mehr die Gier nach Geld die Art der Produktion bestimmen, sondern lediglich der Bedarf der Gesamtheit. Dann werden nicht mehr die ungeheuren Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen, wie es heute im Zeitalter des Privatkapitalismus der Fall ist. Diesen Zustand herzuführen, ist auch mit Aufgabe der Fabrikarbeiter-Internationale.

Zur Beitragserhöhung.

Die in Nr. 41 des „Proletariers“ vom Verbandsvorstand aufgeworfenen Fragen der Beitragserhöhung und deren Folge erhöhte Zahlung aller Unterstützungsätze auf eventuell den doppelten Satz der zur Zeit bestehenden Beiträge von Unterstützungen ist meiner Ansicht nach für unsere Organisation von so weittragender Bedeutung, daß es verehrt wäre, wenn der Verbandsvorstand in seiner am 23. Oktober 1921 stattfindenden Sitzung hierüber für die Gesamtorganisation bindende Beschlüsse fassen würde, bevor nicht diese Frage von der gesamten Mitgliedschaft im Reiche eingehend erörtert ist. Dem Verbandsvorstand steht ohne weiteres das Recht zu, derartige Beschlüsse zu fassen, und diese Rechte sollen dadurch nicht etwa geschränkt werden, aber im Interesse der Organisation halte ich es doch für notwendig, daß vom Verbandsvorstand zu der von ihm angeworfenen Frage ganz bestimmte Vorstöße gemacht und den Mitgliedern unterbreitet werden, um dadurch den Kollegen die Möglichkeit zu geben, in Beitrags- und Mitgliederversammlungen diese Vorstöße eingehend zu erörtern. Wenn ich es für notwendig erachte, daß vom Vorstand zunächst zu der von ihm angeworfenen Frage ganz bestimmte Vorstöße den Mitgliedern unterbreitet werden sollen, so nicht etwa aus dem Grunde, weil ich eine Beitragserhöhung und deren Folge eine Erhöhung der Unterstützungsätze nicht sitzt, notwendig halte, sondern ich bin die Meinung, daß genau so wie ich der überwiegende Teil unserer Belegschaftsfolger die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssätze durch die sich von Tag zu Tag schlechter gestaltende wirtschaftliche Lage aller Arbeitnehmer schon längst erkannt hat. Daß die Unterstützungssätze nicht erhöht werden können ohne vorherige Beitragserhöhung darüber sind mir wohl alle klar. Was mich veranlaßt hat, hierzu einiges zu sagen, das seit Gründung grundsätzlich gilt. Einmal, wenn in weiteren Kreisen unserer Kollegenpartei die Aufstellung vertreten ist, daß der Verbandsvorstand jede Gelegenheit benutze, um die Willensstärkung des letzten Verbandsstages, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß unsere Organisation sich als Kampforganisation betrachtet, zur Tat zu rufen zu lassen, indem die Beiträge lediglich nur zu dem Zweck erhöht werden, um die Streit- und Gewaltregelung unterstreichung zu erhalten und dadurch in höherem Maße die Schlagkraft des Verbundes gehoben wird, während wir vom Preis und Raum verlangen müssen, daß ihrerseits die Erhöhung der Beiträge und Kosten im ausreichenden Maße zu erfolgen hat. Des weiteren halte ich es für dringend erforderlich, daß jener Verbandsvorstand sowie auch Verbandsbezirke ernstlich erneut erachtet mit den Fragen der Schaffung von Industrieverbänden befassen. Nur dadurch wird es möglich sein, die Gewerkschaften nach innen wie auch nach außen immer mehr auszubauen und dadurch finanziell eine festere Grundlage zu geben. Der Sinnzweck des Verbandes ist die sich geistig als immer mehr leistungsfähigen und technischen Nutzen durch seine Ansicht nach bestreites dazu angelehnkt ein, sein Brüderlichkeit zu Institutiönen zur gemeinsamen Notwendigkeit werden zu lassen. Betrachten wir uns einmal die Nutzen, die der einzelnen Gewerkschaften durch die Ausarbeitung von Gesetzen zu können. Sehen wir uns aber weiter ein, die Unionen an, die durch den Druck sowie den Verlust der einzelnen Verbandsgruppen und darüber hinaus die Partei und Material zur Ausübungsfähigkeit der Verbündungen zurück den Verbandsvorständen und den Belegschaften verausgabt werden. Da durch die vor längerer Zeit durch freigedachten Verbandsvorständen übermittelten Unterlagen müssen von denjenigen benutzt werden, um die Grundlagen zur Erhaltung der Industrieverbände herzustellen und dadurch den zu dieser Zweck von ihnen Verbandsmitgliedern gegebenen Beihilfe zur Sicherheit wieder zu lassen. Wenn wir also diese von mir angeführten Dinge in Rücksicht stellen, so ergibt sich daraus, daß auch auf diesem Wege die Konzentration einer erheblichen Stärke erfahren würde.

Betriebsratwesen.

Beschluß der Betriebsratspflichten ist kein Grund zur Entlassung. In Sachen des Betriebsrats eines Berliner Eisenwerks gegen seine Firma jüllie der Schließungsaufschluß Groß-Berlin unter dem unparteiischen Vertritt des Herrn Amtsgerichtsrats Reisenfuß am 1. Juni 1921 folgende:

I. Entscheidung:

Das Gesuch der Mitgliedschaft des Betriebsratsvorstandes Sch. wegen gründlicher Verlegung seiner gesetzlichen Pflichten wird bejaht.

Grunde: Nach § 46 Abs. 3 des BGB. ist das Einholen der Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich, wenn eine Betriebsversammlung innerhalb der Arbeitszeit stattfinden soll. Dies ist hier nicht geschehen, obwohl der Antragsteller die Genehmigung hätte einholen können, da ein zuständiger Vertreter des Arbeitgebers — wie ihm bekannt war — zugegen war. Antragsteller hat selbst zugegeben, die Versammlung einberufen zu haben, ehe dies zu

him. Sein Verstoß ist um so schwerwiegender, weil es sich hierbei um eine Abstimmung über einen Streit handelt und die Mehrheit offenbar gegen den Streit war, so daß sogar die Dringlichkeit nicht gegeben war.

Bei er dies dennoch, so lag hier eine größliche Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten vor, die seine Mitgliedschaft zum Gr. gelöschten bringt.

II. Entscheidung:

Die Zustimmung gemäß § 97 des BGB zur Kündigung des Dienstverhältnisses gemäß § 96 Abs. 1 des BGB wird verweigert, da eine weitere Verletzung seiner Pflichten als die obige mit Mühe auf die widersprechenden Beugenaussagen nicht festgestellt worden ist, und da die Verletzung seiner Betriebsratspflichten nicht zur Kündigung seines Dienstverhältnisses als ausreichend angesehen werden kann, zumal der Antragsteller sich offenbar in einer großen Erregung infolge der innerpolitischen Ereignisse befindet hat.

geg. Reisenfahl, unpart. Vorsitzender.

Wortlängenblatt des Schlesischen Landes Groß-Berlin Nr. 3 vom 15. August 1921.

§ 26 BGB. Übereilung eines Namens für die Betriebsversammlung durch den Unternehmer.

Das Preußische Oberbergamt Dortmund (I. 1515 4. August) hat am 30. Juni 1921 die Beschwerde eines Betriebsrates wegen Verleihung von Sonderrechten für Betriebsversammlungen abgewiesen. Das in Frage kommende Unternehmen hatte allerdings einen Raum innerhalb des Betriebes zur Verfügung gestellt, dessen Inanspruchnahme jedoch von dem Betriebsrat abgelehnt worden war. Aus der Begründung entnehmen wir nachstehenden Absatz, welcher die Ansicht des Unternehmers, einen Raum zur Verfügung zu stellen, einwandfrei festlegt:

Nach § 26 des Betriebsratgesetzes hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Da nach § 46 a. a. D. die Abhaltung von Betriebsratversammlungen zu diesen Aufgaben gehört, muß der Arbeitgeber auch einen Versammlungsraum zur Verfügung stellen.

Der krisisch zustehende Urlaub ist teil zu gefährden, wenn Maßregelungen aus Unzufriedenheit eines Streiks nicht erzielen dürfen.

Die Firma Hennig u. Grothe weigerte sich, den bei ihr beschäftigten Arbeitnehmern inneren Urlaub zu gewähren. Sie begründet diese Weigerung damit, daß die Arbeiter während des betriebskritigen Streiks im Januar 1921 entlassen wurden. Nach Beendigung des Streiks wurde vereinbart, daß „Maßregelungen und Entlassungen aus Unzufriedenheit eines Streiks nicht erzielen dürfen“. Der Arbeiterrat der Firma rief den Streikunterstützungsaufzug Groß-Berlin um Unterstützung an, der am 5. Juli 1921 unter dem unparteiischen Voritz des Herrn Seligmann folgenden Schiedsspruch füllte:

Die Firma Hennig u. Grothe wird für verpflichtet erklärt, den bei ihr beschäftigten Arbeitern den im § 4 des Betriebsratgesetzes genannten Betriebsratversammlungen sowie dem Deutschen Betriebsratversammlungsverein entgegenen Urlaub in der dort festgelegten Höhe zu gewähren. Dabei gilt der Streit, der im Januar 1921 ausgetragen ist, nicht als Unterbrechung des Dienstes.

Begründung: Der Antragsteller ist darin bestimmt, das durch den Auftakt des Streiks und durch die daraus zu ihm erfolgte Kündigung des Arbeitsvertrages dieser als berechtigt erachtet zu sein. Berücksichtigt und aber so anzulegen, wie Zorn und Glücks es mit Rücksicht auf die Betriebsprüfung erfordert. Nach § 15 des BGB in Rede stehenden Fortbestandes dürfen Maßregelungen und Entlassungen aus Unzufriedenheit eines Streiks nicht erzielen. Wenn den Arbeitnehmern bei Beendigung ihrer Dienstbedienstete ihre Dienstzeit, die sie vor Eintreten in den Streik bei der Antragstellerin verbracht haben, nicht in Anerkennung gebracht wird, so ist dies unzulässig als eine Maßregelung anzusehen. Ein berechtigtes Verfahren besteht auch gegen den Betriebsrat der Firma und darüber. Daraus, daß der § 15 eine Auslegung erlaubt ist, die ja ihm jetzt vom Antragstellerin gegeben wurde, sollte die Partei nichts geschehen, zumindest gesagt, daß durch diese Auslegung des § 15 auch alle bestreiten Fälle gekommen werden, die auch aus den Anhänger einer Maßregelung bestehen. Durch die erlaubte Auslegung des § 15 sollte gewiss aus genügend werden, daß alles so getan ist, als ob zwischen Differenzen zwischen den Parteien bestanden hätten. Eine andere Auslegung des § 15 würde darüber auch nicht den eigentlichen Bedürfnissen der Betriebsräte entsprechen. Auf Grund aller dieser Erwägungen hat die Partei mit einverstanden bestimmt, daß Maßregelungen zur Beendigung der Streikunterstützungsaufzug zu wenden.

geg.: Seligmann.

Wortlängenblatt des Schiedsspruches Groß-Berlin, Bl. 2 vom 31. 7. 21.)

Internationale Arbeiterbewegung.

Sternbergsche Versammlung der Gewerkschaftsverbände.

Am 13. und 14. Oktober hat in London das Sternbergsche Forum stattgefunden, das gefordert hat, aus den kleinen Dörfern (Gemeinden), Dörfern (Gemeinden), Städten (Städte-Gemeinden), Städten (Stadtgemeinden), Städten (Belgien), Spanien (Gebiete). In der ersten Sitzung wurde bestimmt, dass dem Sekretär der Wirtschaft und Entwicklung zwei Kommissionen zur Seite zu stehen habe. Diese sollen gemeinsam mit dem Sekretär die Geschäfte leiten. Das Komitee des Sternbergschen (Stadtgemeinden) wurde die Entwicklung von großer Bedeutung anzuzeigen beauftragt. Darüber hinaus die kleinen Dörfer (Spanien) und Dörfer (Gemeinden) gesucht. Zur Bekämpfung der Eliten wurde die Entwicklung einer politischen Partei.

Die Sternbergsche Akademie (Sternbergsche Partei) hat gegen die Gewerkschaften eingetreten. Sie vertrittte zunächst offiziell und sie nicht bestätigt, den Rückzug an die Internationale Entwicklung zu vollziehen. Es wurde bestätigt, im September mit dem kleinen und mittleren Gewerkschaften in Paris im Interesse des Sternbergschen, Berlin und Spaniens zusammenzutreffen, da soll der Rückzug der Gewerkschaften und die bestätigte Rückzug angeschaut werden. Am Samstag soll unter Mitwirkung von Gewerkschaften, Dörfern und Städten neuere und besserer Rückzug zu erwarten. Man gehabt die Führer von Spanien, der Bergarbeiter, Dörfern und der Gewerkschaften Spaniens und der

Gewerkschaften der Welt aus. Der internationale Sekretär, Kollege Steinhuis, teilte mit, daß er einen Aufruf zur Hilfeleistung versandt habe; 70 000 M. seien bereits eingetroffen. Dazu sprach für Weltfried und Hilfe den Danz aus und gab eine Schilderung des Unglücks. Auf Antrag werden die 70 000 M. auf 100 000 M. aus Weitels der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiter verändert ergänzt. An den Allgemeinen internationalen Gewerkschaftsbund war von Brüssel aus ein Schreiben gerichtet, das vor der Einanderung nach Belgien warnte. Die Arbeitslosigkeit sei sehr groß. Es soll Aufgabe der Fachpresse sein, darauf hinzuweisen, daß in allen Ländern eine große Arbeitslosigkeit herrscht und man vor der Einheit sich erst nach den Verhältnissen des Landes erkundigen müsse. Im Vereinigten Königreich bestreite auch für die Kolonien keine Arbeitsgelegenheit. Man trage sich mit dem Gedanken, die Einwanderung in die Kolonien zu verbieten.

In der Nachmittagsitzung war der Kollege Tremolino aus Italien eingetroffen. Ihm wurde beratende Stimme eingeräumt. Er berichtete, daß er noch keinen Antrag habe, den Anschluß des Verbundes zu erklären. Vor 14 Tagen habe der Verbandsrat mit 35 Stimmen gegen die Stimme eines Kommunisten den Anschluß beschlossen. Dieser Beschuß bedurfte noch der Bestätigung durch den erweiterten Rat.

Von den Amsterdamer Kollegen war ein Antrag gestellt, zu überlegen, ob besondere Konferenzen der verschiedenen Branchen zweck gemeinsamen Vorgehens bei Lohnreduzierungen zu empfehlen seien. Es wurde beschlossen, zunächst die Untersuchungen der Lage der Arbeiter in den einzelnen Ländern fortzuführen. Die Ergebnisse sollen einem für das nächste Jahr einzuberuhenden Kongress vorgelegt werden. Dieser Kongress wird in Wien sein. Der Antrag des Kollegen Sörensen, ihn in Kopenhagen anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Zusammenschlusses in Dänemark abzuhalten, findet keine Annahme aus Mäßigt auf die volatilschwachen Länder.

Für Nebenrittsbedingungen soll der Vorstand einen Vorschlag erarbeiten, der in Rücksicht auf die Verhältnisse in England sich zunächst auf Gewerkschaften und Streikunterstützung beschränkt.

Freitag, den 14. Oktober, nachmittags 2 Uhr, waren die Beratungen beendet.

Die Gewerkschaften der Welt.

Die August-Nummer der „Internationalen Arbeitsrundschau“, die Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachrechnungen, welche die Gewerkschaften der Regierungen ihrer Länder machen, oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verlässlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften genügen müssen. Alle dargestellten Erhebungen sind in der folgenden Tabelle besondert bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Angestellte	—	476 000	750 000
Handarbeiter	438 000	628 000	684 000
Beamte	200 000	715 000*	920 000
Bulgarien	30 000	58 000	36 000*
Dänemark	132 000	350 000	400 000
Deutschland	4 513 000	11 990 000	13 030 000
Finland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000**
Griechenland	—	170 000	170 000**
Italien	—	500 000*	500 000
Japan	972 000	1 300 000	1 300 000
Spanien	—	227 000	227 000**
Russland	176 000	378 000	374 000
Wiederholte	189 000	457 000	633 000**
Neuseeland	72 000	93 000	83 000**
Norwegen	61 000	121 000	142 000
Österreich	250 000	303 000	330 000
Portugal	—	350 000*	947 000*
Ungarn (eines Teiles)	10 000	100 000	100 000**
Italien (Teile)	—	3 632 000	5 220 000
Serbien	9 000	20 000	20 000**
Schweden	5 000	60 000	60 000**
Spanien	—	876 000	876 000
Ungarn	136 000	553 000	400 000*
Ukraine	35 000*	200 000*	232 000
Uzbekistan	—	1 301 000	2 000 000*
Ungarn	115 000*	212 000	243 000*
Deutsche Gewerkschaften (Gewerkschaftsamt)	4 173 000	8 024 000	8 024 000**
Deutsche Gewerkschaften (Bund)	—	—	—
Total	2 722 000	5 807 000	5 179 000
Zusammen (30 Staaten)	16 152 000	42 040 000	43 029 000

* Angaben nicht bestätigt. ** Schätzungen. ** Daten für 1919.

Es ist bewiesen, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 über 80 Prozent auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außer europäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Nun kann auch eine fast ausgedehnte Zählung der Gewerkschaftsmitglieder in anderen Ländern bestimmt. Solche Länder, nämlich Venezuela, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Deutschland und Italien, zählen im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33½ Millionen gewißlich organisierte Arbeiter und Arbeitnehmer, während es in den anderen 24 Ländern eben nur 8½ Millionen gibt. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich, geben zusammen 23 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 Prozent der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Anteil an der einzelnen Zeitperiode gibt auch einen Überblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern, und es kann leichter werden, über die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften zu sprechen.

Sozialistische Gewerkschaftsfestigung in England.
Sowohl die sozialistische Partei noch die Sozialistische Gewerkschaften arbeiten zu tun, jetzt zu bestreiten geplanten geplanten. Es kann sich zeigen, daß diese Sozialistische Gewerkschaft nicht gerechtfertigt werden. Dieser Standpunkt ist bestreitbar, daß man einen Zugang zu einer Sozialistischen Gewerkschaft in London bestreitet und darüber zum 3. Oktober die Partei:

Die Konferenz der Gewerkschaft der chemischen Arbeiter des Moskauer Bezirks, die die Neuwahl des Gewerkschaftsvorstandes an Stelle des wegen seiner menschheitswidrigen Gesinnung ausgestoßenen bisherigen Vorstandes vornehmen sollte, endete mit einer Schlafparade der Kommunisten und einer Spaltung der Gewerkschaft. Trotz einer diplomatischen Aufforderung Stalins, sich für oder gegen die Sozialistische Gewerkschaft zu entscheiden, wurde eine menschheitswidrige Resolution angenommen, wonin die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Sozialistischen Regierung verlangt wurde. Daraufhin verließen die kommunistischen Delegierten den Sitzungssaal und schufen den Beschuß, eine neue soziale Gewerkschaft der chemischen Arbeiter mehrheit weiter zu tagen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Satzungen und Richtlinien des ADGB und des Internationalen Gewerkschaftsbundes

sind jetzt in zweiter erweiteter Auflage erschienen. Hinzugekommen sind: Der Organisationsvertrag zwischen dem ADGB und dem Ufa-Bund, zu § 14 Absatz IV, Richtlinien des ADGB und des Ufa-Bundes für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte und die Gliederungen zur Gruppen-einteilung. Für den in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen ist die Kenntnis dieser Satzungen erforderlich, außerdem ist die Schrift als ein Studium Gewerkschaftsgeschichte zu werten. — 113 64 Seiten umfassende Heft kostet im Buchhandel 4,50 M., für die dem Ufa-Bund und dem ADGB angehörenden Organisationen 2,25 M., und kann durch die Ortsausküsse bezogen werden.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Das „Berichtsjahr“ der christlichen Gewerkschaften bringt in seiner Nr. 19 den zusammenfassenden Jahresbericht über die dem Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften heraus. Der einleitende Text würdig unter anderem auch die Möglichkeiten für den Mitgliedergewinn in den Jahren 1919 und 1920. Nachdem die im letzten Jahre in Schweiz getretenen für die Agitation ungünstigen Umstände behoben sind, heißt es: „Was im Verlaufe des Jahres an neuem Gewinn gewonnen wurde, liegt deshalb doppelt als Gewinn. Es sind zum guten Teil Rückeroberungen aus sozialdemokratischen Verbänden gewesen. Noch nie wohl im Laufe der Geschichte der christlichen Gewerkschaften war die Zahl der Übertritte aus anderen Verbänden so groß wie in 1920. Viele von denen, die im Zeitalter der Revolutionen zu den sozialdemokratischen Organisationen gehörten, bekennt sich auf sich selbst und kann aus der Erlebnis, nicht dort, sondern in den christlichen Gewerkschaften am rechten Platz zu sein, zu uns. Der Rückgewinn dieser ihren Denken in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und religiöser Sicht gemäß zu uns gehörigen Arbeitern wurde der Weg bereitet, durch planmäßigen Ausbau unserer Sektorialbezirke über das ganze Land.“

Dies heißt also nichts anderes, als daß die christlichen Gewerkschaften nicht etwa unorganisiert, sondern bereits organisiert. Ihre Tätigkeit ist nichts anderes als Wiederherstellung der Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften. Mit welchen Mitteln diese Art Agitation betrieben wird, darüber wurde im „Arbeiter“ des öfteren berichtet. Diesen Apostolen gilt es, aus diefinger zu klopfen, dann wird der Rückgewinn an den freien Gewerkschaften nicht allzu lange auf sich warten lassen. In vielen Fällen ist er bereits wieder erfolgt.

Ein klein bisschen Überarbeitung ist in den folgenden Tabelle enthalten:

Der 30. und 31. Oktober Sitzung innerhalb der freien Gewerkschaften: die Amsterdamer, die Moskauer, die USP und die Kommunisten! Stark starker Gewerkschaftsarbeits in Jahr im Bege, daß die Sorge um die Rettung für die Gewerkschaftshaltung und die Fortentwicklung der Gewerkschaft in dieser Zeit in Deutschland fast einzige auf den Schultern unserer Bewegung ruhte.“

Wenn das wahr wäre, könnten einem die christlichen Sektern leid tun. Die freien Gewerkschaften haben ganz bestimmt die christliche Hilfe nicht gebraucht. Wir wünschen den christlichen Gewerkschaften, daß sie so gehandelt bleiben wie sie sind. Lediglich im christlichen Lager hat es auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet schon recht lange „öden und blöden Rückgangs“ gegeben. Weiß das der statistische Mitarbeiter des „Centralblattes“ nicht?

Der Mitgliederzuwachs ist zu sagen, daß ähnlich wie in anderen Verbänden eine Weiterentwicklung zu verzeichnen ist, jedoch nicht mehr in dem Maße wie 1919, was ja auch nicht möglich ist. Die Zahl der Unorganisierten ist verhältnismäßig gering geworden, und hätten sich die christlichen Gewerkschaften nur auf die Gewinnung folgender beschränkt, dann wäre ihr Gewinn noch geringer. Die folgende Tabelle zeigt die Mitgliederentwicklung.

Organisationen	Mitgliederzahl am Ende des Jahres		
1918	1919	1920	
<tbl_info cols="4

